

Interview mit Mirko Pejanovic und Miro Lazovic*

«Wir setzen uns für eine moderne, zivile Republik ein»

In Bosnien festigt sich die Koalition zwischen bosnischen KroatInnen und der bosnisch-muslimischen Seite. Eine Föderation wurde gebildet, die auch militärisch gegen die serbisch kontrollierten Zonen vorgeht. Trotzdem sind die SerbInnen nicht nur GegnerInnen Bosniens. Weiterhin leben SerbInnen in bosnisch kontrollierten Gebieten. Sie sind auch in der bosnischen Regierung vertreten. Wir veröffentlichen ein Gespräch mit Professor Mirko Pejanovic, Mitglied des Präsidiums der Regierung von Bosnien-Herzegowina, und Miro Lazovic, Parlamentssprecher der Serben in Bosnien-Herzegowina. Zudem bringen wir einen Kommentar zum «Krieg der Serben», geschrieben von Stojan Cerovic.

Wen räsentieren Sie eigentlich?

Mirko Pejanovic: Alle Parteien, die anlässlich der ersten Mehrparteienwahlen in Bosnien gewonnen haben, nehmen für sich in Anspruch, ihr Volk als ganzes zu vertreten. Besonders die Serbisch Demokratische Partei SDS betont dies. Ein solcher Anspruch ist abenteuerlich, sowohl für die Bevölkerung als auch für die Demokratie. Wenn wir eine Mehrparteiendemokratie wollen, kann ein Volk nie von einer einzigen Partei vertreten werden. Der Serbische Bürgerrat (Serb Civic Council) wurde gegründet von den BürgerInnen serbischer Nationalität, die in den freien Gebieten leben (d.h. in den Territorien, die von der Regierung und der Armee der Republik Bosnien-Herzegowina (BiH) kontrolliert werden. Der

Serbische Bürgerrat repräsentiert daher die etwa 200'000 Menschen serbischer Ethnie, die immer noch ein Zusammenleben mit MuslimInnen und KroatInnen befürworten, die BiH als Einheitsstaat und die Gleichberechtigung aller konstituierenden Bevölkerungsteile erhalten wollen. Ich bin Präsident des Serbischen Bürgerforums und Mitglied des Präsidiums von BiH. Miro Lazovic ist Sprecher des Parlaments und Mitglied des BiH-Kriegspräsidiums.

Ist es nicht ein Widerspruch, dass Sie als Vertreter von zivilen, nicht nationalistischen Parteien eine nationale Gruppe vertreten, um damit dem Block der extremen Nationalisten Widerstand zu leisten?

Mirko Pejanovic: Wir organisieren die BürgerInnen serbischer Nationalität und haben einen Verband gegründet, der keine Partei sein soll, sondern eben ein Bürgerrat.

Miro Lazovic: Wir wollen kein nationaler Ersatz für die SDS sein. Während der zwei Jahre dauernden Friedensverhandlungen war es aber notwendig, Opposition zu zeigen gegenüber der Politik des bosnischen Serbenführers Radovan Karadzic und des Kommandanten der Serbenarmee in Bosnien, General Ratko Mladic. Wir mussten der Welt zeigen, dass diese nicht das Recht haben, im Namen aller SerbInnen in Bosnien zu sprechen. Wir vertreten weiterhin eine zivile, nichtkriegerische Lösung und glauben, dass BiH als Einheitsstaat die beste Lösung für alle BürgerInnen ist – einschliesslich der SerbInnen.

Was denken Sie als VertreterInnen eines Teils der bosnischen SerbInnen über die

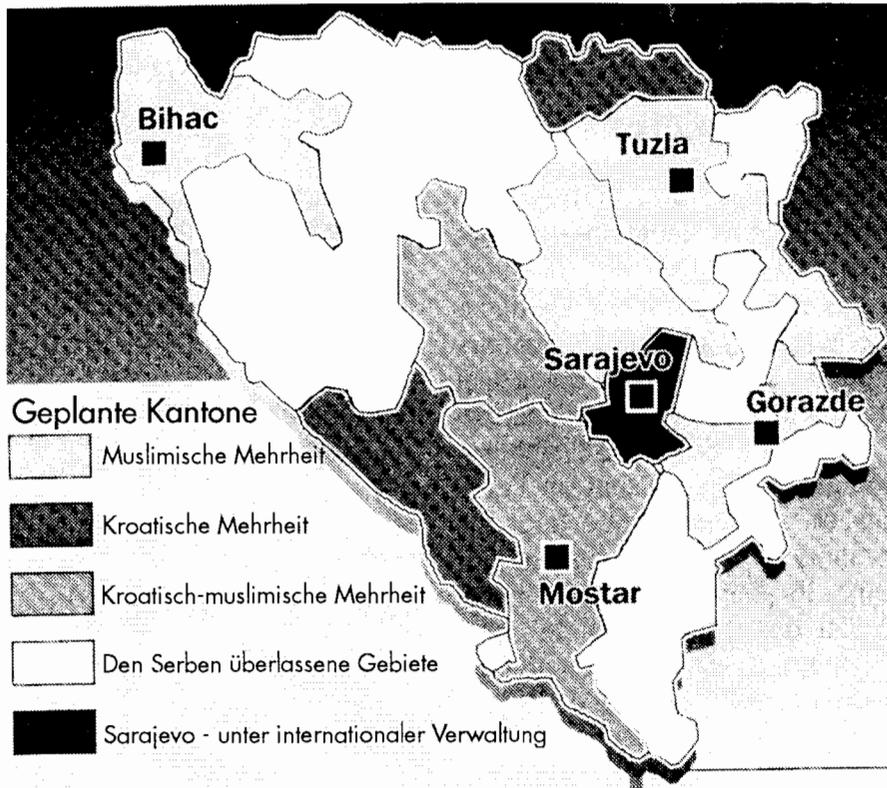
Politik von Karadzic, der von sich beansprucht, alle SerbInnen zu vertreten?

Miro Lazovic: Das Bild von Karadzic als Vertreter aller SerbInnen wurde über lange Zeit hinweg aufgebaut – wie wenn es keine SerbInnen geben würde, die seine politischen Vorstellungen nicht teilen. Wenn dem so wäre, hätte die Aufteilung von BiH längst stattfinden können.

Mirko Pejanovic: Einer der Gründe, weshalb wir an die Öffentlichkeit getreten sind, liegt darin, dass wir die kollektive Schuldzuweisung aufheben wollen, die Karadzics Politik und der Präsident Serbiens, Slobodan Milosevic, der serbischen Bevölkerung aufgehalst haben. Wir glauben, dass das Regime in Belgrad und seine Stellvertreter in Pale (Hauptstadt der bosnischen Serbenrepublik bei Sarajevo, rb) verantwortlich sind dafür, was im ehemaligen Jugoslawien geschah. Die Kriegsoption wurde nicht von allen SerbInnen unterstützt, auf jeden Fall nicht zu einem so hohen Prozentsatz wie Karadzic vorgibt. Deshalb wäre es am besten, wenn die SerbInnen Milosevics Aggressionspolitik und seinen Expansionismus innerhalb ihrer eigenen Nation bekämpfen würden. Andererseits wollen wir der internationalen Gemeinschaft zeigen, dass viele SerbInnen, die in den freien Territorien Bosnien-Herzegowinas leben, die Politik von Karadzic nicht unterstützen. Viele sind aus den Gebieten geflüchtet, die Karadzic und seine Truppen halten. Sie weigern sich, am Krieg gegen ihr eigenes Land und ihre Nachbarn teilzunehmen.

Karadzic ist in die Ecke gedrängt: 40 bis 45 Prozent der SerbInnen, die auf dem Gebiet lebten, das er heute kontrolliert, unterstützen seine Politik nicht – auch wenn es so aussieht, als ob er alle SerbInnen hinter sich hätte, weil in diesen Gebieten ein Regime der Gewalt und des

* Das Gespräch, das Srdan Vasic/Mekina in Ljubljana, Slowenien, führte, erschien in der oppositionellen Belgrader Wochenzeitschrift VREME (Zeit) vom 28. Mai 1994. Übersetzung, leichte Kürzungen und Bearbeitung besorgte Roland Brunner.



Die geplante Aufteilung von Bosnien-Herzegowina gemäss den Vorstellungen der bosnisch-kroatischen Föderation: Die Serben müssten sich von heute 72% des Territoriums auf unter 50% zurückziehen.

fügung hätten... Solche Dummheiten wurden uns als konkrete, seriöse Vorschläge unterbreitet. Als wir eingewendet haben, die BürgerInnen von Sarajevo kämen so nie nach Zenica, antwortete Karadzic wörtlich: «Grabt einen Tunnel durch Kobilja Glava!» (den Hügel ausserhalb von Sarajevo, rb) Das beschreibt am besten, auf wie unverantwortliche Weise sie Entscheidungen über das Schicksal der serbischen Bevölkerung fällen. Mit ihrer Politik haben Milosevic und Karadzic die SerbInnen in eine moralische, geistige und materielle Katastrophe geführt, die dieses Volk nicht verdient hat. Das Volk war immer das Opfer, nie ein Angreifer.

Totalitarismus herrscht. Ebenso ist kaum bekannt, dass viele der serbischen Menschen, die aus diesen Gebieten geflohen sind, jetzt gemeinsam mit bosnischen KroatInnen und bosnischen MuslimInnen in Europa herumirren. Es ist höchste Zeit, dass sich das Bild ändert, das sich die Welt von ihnen und von uns macht. Ihre Mittel, um alles zu lösen, sind Gewalt und Krieg. Sie sind ein Faktor, der bei den Verhandlungen berücksichtigt werden muss, aber sie repräsentieren nur einen Teil der serbischen Bevölkerung von BiH, den Tschetnik-Teil. Viele SerbInnen unterstützen dagegen eine zivile Lösung des Friedens. Wir wollen, dass auch die Stimmen dieser SerbInnen gehört werden.

drei Führern in BiH geschluckt und glaubt heute, dass nur, was sie sagen, von Relevanz sei. Das Mehrparteien-Leben in BiH wird einfach ignoriert.

Ihr werdet offensichtlich von den internationalen Medien ignoriert, da ihr das Medienbild von den Serben stört. Andererseits war es wohl während der härtesten Kämpfe um Sarajevo auch nicht im Interesse der Behörden von BiH, der Welt andere SerbInnen zu zeigen?

Wie verliefen die Verhandlungen mit Karadzic, der ja vorgibt, die gleiche Nation zu vertreten?

Waren sie aber mit dieser Politik nicht erfolgreich? Immerhin akzeptiert sie heute alle Welt als Verhandlungspartner.

Mirko Pejanovic: Die internationalen Medien haben sich unglücklicherweise angewöhnt, nationale Führer als einzige Sprecher zu hören – unabhängig davon, was sie machen. Europa hat die Formel von den drei Völkern, drei Parteien und

Mirko Pejanovic: Karadzic wurde nicht in Bosnien geboren. Er hat hier nur seine Ausbildung abgeschlossen. Heute kämpft er dafür, die Realität des verschiedenen ethnischen Zusammenlebens als unmöglich zu erklären. Er zerstört das Zusammenleben mit Gewalt. Er brachte diese Politik Grossserbiens von seinem Heimatort in Montenegro.

Mirko Pejanovic: Wir glauben, dass die Menschen internationale Garantien brauchen, damit sie in ihre Häuser zurückkehren können. Die territoriale Aufteilung von BiH entlang ethnischer Grenzen ist ein Verbrechen. Der bosnische Krieg kann nicht mit Gewalt beendet und gelöst werden. Dies ist einzig durch Verhandlungen möglich. Das bedeutet auch, dass die SerbInnen akzeptieren, dass alle drei Seiten in BiH die gleichen, institutionell festgeschriebenen Rechte in den föderalen Institutionen erhalten würden. Sonst wird der Krieg weitergehen.

Miro Lazovic: Ich habe an den Genfer und den Washingtoner Verhandlungen teilgenommen. Trotz aller Anstrengungen, einen normalen Standard diplomatischer Gepflogenheiten einzuhalten, haben ihre unvernünftigen Vorschläge oft zu emotionalen Reaktionen geführt. Ihr Vorschlag beispielsweise, alles müsse geteilt werden, würde bedeuten, dass getrennte Strassen für Muslims, KroatInnen und SerbInnen gebaut werden müssten. Bei Kreuzungen müssten die SerbInnen die Überführung benützen, während die MuslimInnen die Unterführung zur Ver-

Wie wird der Krieg enden, wenn jetzt die Regierungstruppen die Armee von Karadzic bekämpfen?

Miro Lazovic: Die Armee Bosnien-Herzegowinas ist legal und kämpft für unsere politischen Ziele. Wir wollen BiH vertei-

digen und den vollständigen Aufbau zukünftiger ethnischer Serbenstaaten und ihre Verbindung mit der kroatischen (serbisch besetzten, rb) Krajina verhindern. Das Projekt eines Grossserbiens steht einem souveränen und unabhängigen Staat Bosnien-Herzegowina direkt entgegen. Wir setzen uns für ein BiH als moderne, zivile Republik ein und glauben, dass das auch für die SerbInnen die beste Perspektive ist.

Die Armee von BiH führt im Moment verschiedene Aktionen durch mit dem Ziel, die Einheit von BiH zu verteidigen, indem der Korridor (serbisch kontrollierter Verbindungskorridor bei Brcko von Ost- nach Westbosnien, rb) durchgeschnitten werden soll. Das würde auch Karadzic wieder an den Verhandlungstisch zwingen.

Mirko Pejanovic: Schauen wir uns die Fakten an: Wer führt in BiH Angriffsaktionen durch? Wenn es die Armee von BiH wäre, würden wir heute 70 bis 80 Prozent des Territoriums kontrollieren und nicht Karadzics Armee. Seine Armee könnte nicht 70 Prozent von Bosnien kontrollieren, wenn sie nicht angegriffen hätte. Heute vertreten sie die These, sie müssten weiterkämpfen wegen der Offensive der Armee von BiH, die sie als Muslim-Armee bezeichnen, was eine Beleidigung und Lüge ist. Die Armee von BiH war immer in einer Verteidigungs- und Widerstandsposition. Einige Gebiete wurden verteidigt, andere zurückgewonnen. Ziel der Politik der legalen Organe von BiH ist aber die Einstellung der Militäraktivitäten, die Aufnahme von Verhandlungen und die Suche nach politischen Lösungen.

Unsere Regierung hat alles unternommen, um gemeinsam mit den kroatischen Gebieten des sogenannten Herzeg-Bosna im Rahmen des Washingtoner Abkommens eine politische Lösung zu fin-

den. Es ist keine perfekte Übereinkunft, aber wenigstens haben die militärischen Auseinandersetzungen zwischen den Kroaten und der bosnischen Armee aufgehört. Wir fordern das gleiche von der sogenannten Karadzic-Seite. Stattdessen begann er die Offensive gegen Gorazde. Als er hier gestoppt wurde, eröffnete er die Propagandafront in Brcko.

Sie haben gesagt, die Armee von BiH als Muslimarmee zu bezeichnen, sei eine Beleidigung und Lüge. Gibt es noch andere Orte, wo Serben auf der Seite der bosnischen Armee kämpfen?

Miro Lazovic: Das Gebiet von Tuzla ist ein Beispiel, wie ethnisch gemischte Behörden ihre Positionen behalten können und wie die Menschen verschiedener Nationalitäten versuchen, gemeinsam den expansionistischen Gelüsten von Karadzics Armee Widerstand zu leisten. Zwei Jahre lang mussten die SerbInnen in Sarajevo, gemeinsam mit den KroatInnen und den MuslimInnen, die Hölle des grössten Konzentrationslagers durchleben – eingerichtet und geführt von Karadzics Serben auf den Hügeln rund um die Stadt.

Mirko Pejanovic: Die serbischen Opfer der Bombardierungen Sarajevos geben schon genügend Beweise ab, um Karadzic als Kriegsverbrecher zu überführen. Sarajevo war gemessen an der Bevölkerungszahl die zweitgrösste serbische Stadt nach Belgrad. Das ist auch heute noch so. Heute leben immer noch zwischen 60'000 und 70'000 Menschen serbischer Nationalität in der Stadt. Weshalb wird das in Belgrad verschwiegen? Untersuchungen zufolge haben mehr MuslimInnen Sarajevo verlassen als SerbInnen. SerbInnen blieben in der Stadt, arbeiten weiterhin in allen Strukturen mit

und nehmen teil am Abwehrkampf gegen die serbische Aggression. Durch die Mitarbeit in den gemeinsamen staatlichen Organen erlauben wir diesen serbischen Menschen, ihr politisches und menschliches Gesicht zu wahren – nicht nur in Sarajevo, sondern auch in Tuzla und in ganz BiH.

Miro Lazovic: Während der ersten Kriegsmonate schlugen zwei Granaten vor meinem Haus ein. Sieben Kinder, die dort spielten, wurden dabei getötet. Fünf davon waren serbische Kinder. Waren das auch Verräter, wie dies die Tschetnik-Ideologie von allen SerbInnen behauptet, die in den bosnischen Städten blieben? Ich persönlich bezeichne mich selbst als Verräter – als Verräter der Tschetnik-Ideologie und der Politik Grossserbiens.

Haben Sie keine Angst, dass die bosnische Regierung Sie als «gute» Serben missbrauchen könnte?

Mirko Pejanovic: Nein, denn wir haben immer alles mögliche getan für den Frieden und das Zusammenleben in BiH. Man kann die Frage umdrehen: Was wäre mit den SerbInnen geschehen, wenn Miro Lazovic, ich selbst und viele andere SerbInnen sich nicht an den Institutionen der Regierung beteiligt hätten und wir damit, gleich wie alle anderen, die Verantwortung für die Geschicke des Landes übernahmen? Was wäre mit den SerbInnen geschehen, die auch heute noch in vielen Städten und Dörfern in ganz BiH friedlich mit ihren NachbarInnen zusammenleben, wenn wir unser Bosnien nicht verteidigt hätten? Was wäre geschehen, wenn wir uns den Extremisten innerhalb der bosnischen Politik nicht entgegengestellt hätten und nicht mitgeholfen hätten, die verschiedenen paramilitärischen bosnischen Gruppen zu entwaffnen und

Vernunfthochzeit in Bosnien?

Anfang Juni trat in Bosnien-Herzegowina das Washington-Abkommen in Kraft, das die Bildung einer Föderation zwischen den bosnischen Kroaten und dem eigentlichen Staate Bosnien beinhaltet. Nachdem vor allem in Verlaufe des letzten Jahres Kroaten und bosnische Truppen sich heftigst bekämpft haben, kam es unter Druck der USA, vor allem aber angesichts der aus dem bosnisch-kroatischen Krieg profitierenden Serben, in Wien zu einer neuen Übereinkunft. Am 30. Mai versammelten sich in Sarajevo die kroatischen und bosnischen VertreterInnen, um ohne Gegenstimme die gemeinsame Föderation zu gründen. Kresimir Zubak, Präsident der selbstproklamierten kroatischen Bosnienrepublik Herzeg-Bosna, wurde zum ersten Präsidenten dieses neuen Gebildes gewählt. Zubak war Nachfolger von Mate Boban, dem Hardliner in der kroatischen Bosnienpolitik, der selbst für Zagreb untragbar wurde und deshalb zurücktreten musste. Als ehemaliger Richter, der seit 1992 kriegsversehrt ist, gilt er demgegenüber als loyaler Vertreter Zagrebs und arbeitet eng mit dem kroatischen Präsidenten Franjo Tudjman und Verteidigungsminister Susak zusammen. Ejup Ganic, der ursprünglich aus Novi Pazar/Sandschak stammende Vizepräsident der Republik Bosnien, nimmt den gleichen Posten in der Föderation ein, und auch der bosnische Premierminister Haris Silajdzic behält seine Funktion. Diese Regierung wurde für sechs Monate eingesetzt, dann sollen allgemeine Wahlen stattfinden. In der Zwischenzeit führen Kroaten fünf der elf Ministerien (Verteidigung, Finanzen, Justiz, Handel und Gesundheit) und erhalten vier Ministerposten ohne Amt.

Die kroatisch-bosnische Föderation, die 28 ethnische Kantone umfasst, soll auch den bosnischen Serben offenstehen. Kroaten und Bosnier fordern für sich allerdings 58 Prozent des bosnischen Territoriums, während in Wirklichkeit serbische Truppen nach wie vor rund 70 Prozent kontrollieren. Serbenführer Radovan Karadzic wurde von Vize Ganic aufgefordert, «die serbischen Kriegsverbrecher zu verurteilen, die Gebiete, die ihnen nicht gehören, zurückzugeben und der Föderation beizutreten». Bisher haben die Vertreter der bosnischen Serbenrepublik allerdings jede Beteiligung abgelehnt.

Die Föderation ist bereit, ihre territorialen Forderungen in den Verhandlungen bis auf 51 Prozent zu reduzieren, andererseits droht Zubak aber klar auch mit verstärktem militärischem Vorgehen gegen die Serben, wenn sich diese nicht auf Verhandlungen einlassen wollen. Vizepräsident Ganic bezeichnete das Zustandekommen der bosnisch-kroa-

tischen Föderation als «strategische Niederlage des serbischen Faschismus, das Stalin-grad der Idee eines Grossserbiens».

Tatsächlich kam es in den letzten Wochen immer wieder zu militärischen Erfolgen der Föderation, die der Vernunfttheorie wenigstens eine militärische Zweckmässigkeit zugestehen, denn auch zwischen den bosnischen Kroaten und den bosnischen Regierungstruppen schwelt der Konflikt weiter. In Mostar beispielsweise, wo vor drei Monaten noch der kroatisch-bosnische Krieg tobte und das heute Hauptstadt eines gemischten Kantons sein soll, spricht zwar alles vom Frieden, aber der kroatische und der bosnisch – mehrheitlich muslimisch – bewohnte Stadtteil sind nach wie vor nicht begehbar. Die von Kroaten zerstörte Brücke über den Fluss Neretva symbolisiert weiterhin die Kluft der politischen Ansichten und Perspektiven. Oft genug kam es in Bosnien zu gemeinsamem militärischen Vorgehen der Serben und Kroaten gegen die bosnischen Truppen. Während die Muslime im Ostteil von Mostar aber den Frieden tatsächlich als Rückkehr zur Normalität feiern, bedeutet der Zusammenschluss zur Föderation für viele KroatInnen im Westteil Mostars eine militärische Niederlage: kampfflos hätten sie ihr Mostar aufgegeben.

Die Gründung der kroatisch-bosnischen Föderation könnte einen Schritt hin zum Frieden bedeuten. Andererseits schreibt dieser Schritt auch die Aufteilung nach ethnischen Grenzen – wenn auch nur in Kantonsgrenzen einer Föderation – fest. Wie genau die entsprechende Aufteilung und gegenseitige Respektierung aussieht, ist allerdings unbekannt. Bei der Konstituierung der Föderation und der Wahl der ersten Föderationsregierung war die Verfassung dieses neuen Gebildes immer noch nicht öffentlich einsehbar. Die kroatisch-bosnische Hochzeit fand auf Regierungsebene statt. Für die Menschen ist sie vorläufig kaum nachvollziehbar. Ob diese Art der Vernunfttheorie länger hält, als dies bei Liebesheiraten oft der Fall ist, hängt von der weiteren politischen Entwicklung ab und vor allem davon, ob es gelingt, die bosnische Serbenrepublik in dieses politische Szenario einzubeziehen und die verfassungsmässigen Bestimmungen für gleichberechtigte Nationen in Bosnien-Herzegowina festzulegen und abzuschliessen. Wenn dieser Prozess – unter verantwortlicher Mithilfe der UNO – erfolgreich ist, könnten vielleicht sogar die selbsternannten militärischen und politischen Kriegsführer unter den Druck des Friedens kommen.

Roland Brunner

so der regulären Armee von BiH und der gut organisierten Polizei zu ermöglichen, die Kontrolle über die Sicherheit zu übernehmen?

Sie haben an den Washington-Verhandlungen teilgenommen. Wieso sind trotzdem die SerbInnen nicht eingeschlossen in der gegenwärtigen Verfassung der neuen bosnischen Föderation?

Miro Lazovic: Das Abkommen von Washington ist offen für alle. Wenn Karadzic die Verhandlungen akzeptiert, werden die SerbInnen in BiH den gleichen Status erhalten wie die anderen Völker. Wenn nicht, wird Karadzics Politik die bosnischen Serben wirklich zur Minderheit machen.

Was werden Sie dann tun?

Miro Lazovic: Dann werden wir versuchen, angemessene nationale Rechte, vor allem Bürger- und Menschenrechte, für die SerbInnen auszuhandeln – ohne den Status eines konstitutiven Volkes in Anspruch nehmen zu können.

Sie kommen gerade von einem Besuch in Moskau zurück. Welche Garantien hat Ihnen der russische Aussenminister Vitali Tschurkin gegeben?

Mirko Pejanovic: Die schönste Überraschung war, als er uns bestätigt hat, dass die ganze Welt die Integrität und Einheit von BiH retten will. Er sagte uns: «Lasst den Krieg für ein Jahr aufhören – auch mit vorläufigen Landkarten –, und das wird genügen, damit die Kriegsbesoffenen und Extremisten ihre Positionen räumen werden.»